

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT

Bern, den 6. Oktober 1977

p.B.15.51.A.7.

p.B.15.21.A. - TR/bau

p.B.75.21.

VERTRAULICH

An die diplomatischen Vertretungen in

Algier	Damaskus	Paris
Amman	Djeddah	Peking
Ankara	Dublin	Prag
Athen	Helsinki	Rabat
Bagdad	Den Haag	Rom
Belgrad	Kairo	Sofia
Berlin/DDR	Lissabon	Stockholm
Beirut	London	Tel Aviv
Bonn	Luxemburg	Tripolis
Brüssel	Madrid	Tunis
Bukarest	Moskau	Warschau
Budapest	Oslo	Wien
Kopenhagen	Ottawa	Washington

- An den ständigen Vertreter der Schweiz beim Europarat in Strassburg
- An die Schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel
- An den Schweizerischen Beobachter bei der UNO, New York
- An die Schweizerische Mission bei den internationalen Organisationen in Genf
- An den Ständigen Vertreter der Schweiz bei der UNESCO, Paris
- An die Schweizerische Delegation bei den internationalen wirtschaftlichen Organisationen in Genf

Kopien an:

Bundesrat P. Graber (NF)	Herr A. Glesti
Botschafter A. Weitnauer	Herr A. Maillard
Botschafter R. Bindschedler	Herr Y. Moret
Botschafter A. Janner	Herr T. Raeber
Botschafter M. Heimo	Herr P. Stauffer
Botschafter E. Diez	Herr O. Quinche
Botschafter J. Iselin	Herr A. Greber
Botschafter A. Hegner	Herr E. Thurnheer
Botschafter J. Cuendet	Herr R. Stettler
Frau Botschafter F. Pometta	Herr R. Heinis
Minister J. Zwahlen	Herr Ch. Boesch
Minister M. Jaccard	Herr P. Troendle
Minister J. Monnier	Herr E. Bischof
Minister F. Blankart	Herr K. Wyss
Herr H. Kaufmann	Herr P. Vogler
Herr E. Andres	Herr Saluz
	Botschafter C. Sommaruga (HA)
Botschafter M. Gelzer (Bonn)	Herr Lugon (HA)

Staatsbesuch von Herrn Walter Scheel, Präsident der Bundesrepublik Deutschland, in Begleitung von Herrn Hans-Dietrich Genscher, Bundes-Aussenminister, in der Schweiz, 22. bis 24. September 1977

1. Der Staatsbesuch

Bei schönem Herbstwetter wurden die Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland mit allen Ehren empfangen. Die Tagespresse hat eingehend über den äusseren Rahmen des Besuches berichtet.

Die Staatsvisite ist vor allem als symbolischer Ausdruck und öffentliche Manifestation der ausgezeichneten Beziehungen zu werten, die zwischen den beiden Ländern herrschen. Sie bot zudem die Möglichkeit der Kontaktnahme und des freien Meinungsaustausches auf Regierungs- und Beamtenebene. Als konkretes Resultat ist die gegenseitige Bereitschaft zur Institutionalisierung von regelmässigen bilateralen Treffen auf der Stufe der Aussenminister und der Staatssekretäre zu verzeichnen.

Gespräche wurden zwischen den Bundespräsidenten Scheel und Furgler, in Begleitung der Aussenminister geführt. Die Traktandenliste umfasste aussenpolitische Fragen (Europäische Zusammenarbeit, Europarat, Deutschlandfrage) sowie parallele innenpolitische Probleme (Terrorismus, Atomkraftwerke, Umweltschutz, Arbeitslosigkeit und Inflation, Bürgerinitiativen). Bundesaussenminister Genscher und Bundesrat Graber unterhielten sich zudem unter vier Augen, wobei vor allem folgende Themen zur Sprache kamen: Ost-West Verhältnis, Beziehungen USA - Europa, Mittlerer Osten, Südliches Afrika und UNO. (Das Resultat der Unterredung wurde in einer separaten Notiz festgehalten). Schliesslich fand unter Vorsitz von Ministerialdirektor Blech und Generalsekretär Weitnauer ein Meinungsaustausch zwischen den beiden Delegationen statt.

2. Die Delegationsgespräche

Der Meinungsaustausch konzentrierte sich auf die drei Themenkreise Europäische Zusammenarbeit und Europarat, Deutschlandfrage und Nuklearpolitik. Aus Zeitnot wurden die übrigen Fragen der provisorischen Traktandenliste, nämlich Ost-West Verhältnis, KSZE, Beziehungen USA-Europa, Mittlerer Osten, Südliches Afrika, CDDH und Rotkreuzkonferenz in Bukarest nicht oder nur kurz diskutiert. Bilaterale Probleme konnten ebenfalls nicht erörtert werden.

2.1. Die europäische Zusammenarbeit

Eingangs skizziert Generalsekretär Weitnauer (WR) das Verhältnis der Schweiz zu Europa, erinnerte dabei an die Gründe unserer Nichtmitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften, charakterisierte das Freihandelsabkommen von 1972 als maximale, jedoch nicht optimale Regelung, wies auf die Erweiterungsproblematik hin und hoffte, die Bundesrepublik werde Verständnis zeigen für unser Bestreben, Marktdiskriminierungen während der Uebergangsphase mittels interimistischer bilateraler Abkommen auszuschliessen. Die atlantische Komponente Europas und die Bedeutung des Europarates, dessen doch beschränkte Möglichkeiten die Intensivierung der bilateralen Beziehungen erfordere, wurden auch erwähnt.

Ministerialdirektor Blech (B) bezeichnet die Position der Schweiz als "Selbstverständlichkeit" und glaubt nicht an die Gefahr ihrer Isolierung in einem "Resteuropa" nach Erweiterung der EG auf 12 Mitglieder. Die Erweiterung bedeute eine grosse Belastung für die Gemeinschaften. Im "approach" zur europäischen Einigung habe sich eine Wandlung vollzogen; der im Römer Vertrag vorgesehene "Automatismus" erscheine nicht unbedingt gewährleistet. Die Gemeinschaft der 12 werde demnach anders aussehen als die der Neun oder gar der ursprünglich nach innen gerichteten Sechs, als es galt, die Gegensätze nach dem zweiten Weltkrieg zu überwinden. Die politische Zielsetzung bleibe

bestehen (womit der Beitritt der Schweiz wohl nicht möglich sei), trotzdem werde es nicht einen festgefügtten Zwölfer-Block geben. Die EG könne nicht im luftleeren Raum leben, die "Osmose" mit den andern europäischen Staaten müsse gross sein. Die Bedeutung dieser Staaten sei übrigens durch die KSZE manifest geworden. Aus politischen Erwägungen befürworte die Bundesrepublik die Erweiterung der Gemeinschaften, sei sich der wirtschaftlichen Schwierigkeiten indessen bewusst. Die Verhandlungen mit den drei Beitrittskandidaten sollen gesondert aber im Gleichschritt geführt werden, obschon Querverbindungen natürlich vorhanden seien. Auch unser Bestreben, die Beziehungen zu den drei Beitrittskandidaten parallel zu regeln, begrüesse die BRD. Zur "Atlantischen Partnerschaft" bemerkt B, es sei erschreckend was in den amerikanischen Massenmedien alles nicht gesagt wird über Europa. Er hofft, dass die USA durch die KSZE die verschiedenen Staaten Europas besser wahrnehmen und eine Staatengruppe, die aus EG und Nicht-EG Ländern besteht, akzeptieren wird. Die Möglichkeiten des Europarates, schliesslich, müssen ausgeschöpft werden. Angesichts der Grenzen dieses Gremiums, gehe die BRD mit uns einig betreffend Ausbau der bilateralen Kontakte.

WR stellt gegenseitige Uebereinstimmung in allen essentiellen Fragen fest und erkundigt sich nach den Zukunftsperspektiven der Gemeinschaften.

B meint, dem "Glaubensbekenntnis" der Zielvorstellungen müsse die Realität der Schwierigkeiten gegenübergestellt werden. Als Voraussetzung dazu, die Schwierigkeiten gemäss Glaubensbekenntnis überwinden zu können, brauche es noch die "Glaubensstärke". Diese sei bei den Mitgliedstaaten verschieden ausgeprägt; es falle der BRD beispielsweise leichter in "föderalen Strukturen" zu denken als Frankreich oder Grossbritannien. Nur die Zukunft werde die Form der EG bestimmen können; es werde ein Gebilde sui generis und sicher eine Union sein. Die BRD bleibe jedenfalls bei den Zielvorstellungen.

Solange die Neutralität einen Sinn haben soll, der uns ermöglicht, eine aussenpolitische Rolle zu spielen, fügt WR bei, solange kann für

die Schweiz der Weg zu den Gemeinschaften nicht der des Beitritts sein.

Botschafter Diez (DZ) kommt auf die Tendenz der Gemeinschaften zu sprechen, insbesondere auf "nicht-klassischen" Gebieten, vermehrt gewisse Kompetenzen für sich in Anspruch zu nehmen, wodurch einerseits die Mitgliedstaaten nicht mehr verhandeln dürfen und die EG andererseits noch nicht verhandeln können.

BRD-Botschafter Lebsanft räumt ein, der Willensbildungsprozess in den EG sei naturgemäss schwerfällig; früher oder später "komme man aber trotzdem zu Lösungen". Mit diesem Problem hätten wir alle zu leben.

B ergänzt, aus der Zielsetzung heraus bejahend die BRD tendenziell die Frage, ob ein bestimmtes Problem Gemeinschaftsmaterie werden soll.

Minister Blankart erinnert an die Drittlanddiskriminierung infolge der Rechtsharmonisierung in den EG (nicht-tarifarisches Handelshindernisse, autonomer Nachvollzug) und wäre froh, wenn die Vertreter der Bundesrepublik in Brüssel für unsere Probleme sensibilisiert werden könnten. Er würde es auch begrüßen, wenn die Vertreter in Brüssel keine Opposition zur Aufnahme von parallelen Verhandlungen über interimistische Freihandelsabkommen mit Griechenland und Spanien (bei Portugal liegt die Sache anders) anmelden würden. Besonders Griechenland habe Hemmungen, mit EFTA-Staaten Verhandlungen aufzunehmen, aus Furcht, Brüssel zu irritieren. Schliesslich wäre die Multilateralisierung der Ursprungsregeln "innert nützlicher Frist" von grossem Vorteil.

B nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und verspricht, sie weiterzuleiten.

Zu der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) stellt B kurz fest, dass Bonn uns weitgehend informiert. Die Frage der Beteiligung anderer Länder an der EPZ sei jedoch schwierig zu lösen, besonders wenn über ein Problem Meinungsverschiedenheiten unter den Neun herrschen. Im Falle des Verhaltenskodex von Firmen in Südafrika wäre

es beispielsweise zweckmässig gewesen, den Bereich weiter zu diskutieren und andere Staaten zu konsultieren (was wir sehr gewünscht hätten). Die Gemeinschaft sei indessen im Hinblick auf die UNO-Generalversammlung unter Zeitdruck gestanden.

2.2. Das Deutschlandproblem

Das Verhältnis zur DDR ist der "härteste Brocken" im Rahmen der Beziehungen der Bundesrepublik zu den sozialistischen Staaten, sagt B. Die Möglichkeiten und Grenzen des Entspannungsprozesses zeigen sich hier - und insbesondere um Berlin - ganz deutlich. Dabei schaffen gerade Fortschritte im Verhältnis der beiden deutschen Staaten grosse Probleme für die Führung in Ostberlin betreffend Disziplin. Der Wirtschaftsaustausch habe 1976 die 8 Milliarden-DM-Grenze überschritten. Im gleichen Jahr besuchten 8 Millionen Bundesdeutsche die DDR. Der ganze Raum wird mit Fernsehnachrichten aus der BRD über die DDR versorgt. Die Beziehungen können normaler, aber nie ganz normal werden. Der Grundsatzvertrag klärt das Verhältnis BRD/DDR insofern, als es ungeklärt bleibt. Die Lage ist nicht hoffnungslos, Bonn sei jedoch "nicht überoptimistisch". Im internationalen Bereich hingegen, seien die Beziehungen recht sachlich; in Drittländern kam es nicht zum befürchteten Hahnenkampf.

Mit Ländern wie Ungarn, Bulgarien und Rumänien seien die Beziehungen nicht schlecht. Mit Polen bestünden immer wieder Schwierigkeiten.

Der Schlüssel zur Regelung des West-Ost Verhältnisses liegt für die BRD letztlich bei der Sowjetunion, bzw. bei der Berlinfrage. Die Sowjetunion sperrt sich in hohem Masse gegen den Einbezug von Berlin in Abkommen. Bonn könne Berlin nicht diskriminieren. Die vertragliche Strukturierung der gegenseitigen Beziehungen bleibt somit weiterhin verhindert. Dennoch zeige Moskau Interesse an vertraglichen Regelungen; die Gesprächsatmosphäre habe sich jedenfalls merklich gebessert. Im Sektor "Aussiedlungen von Deutschstämmigen" seien Fortschritte zu verzeichnen, wobei ein diskretes Vorgehen zu den positiven Ergebnissen geführt hat.

Auch für die Schweiz stellt sich die Frage der Gestaltung der Beziehungen zu Osteuropa, entgegnet WR, jedoch nicht auf die intensive Weise wie bei der BRD. Für uns gehe es darum, klar zu zeigen, dass wir eine westliche Demokratie sind. Dabei müssen wir aber unseren Neutralitätsstatus unterstreichen. So bemühen wir uns sehr, gute Beziehungen zur Sowjetunion zu unterhalten.

2.3. Nuklearpolitik

Botschafter Bindschedler (BI) orientiert kurz über die Ergebnisse der letzten Zusammenkunft des Londoner Klubs, wo es gelungen ist, die übertriebenen Forderungen der USA und Kanadas "abzubiegen". BI präzisiert, die Kontrollforderungen seien masslos und praktisch undurchführbar. Die Non-Proliferation sei ein gutes Ziel, erfordere jedoch ein Gleichgewicht der Leistungen, d.h. Konzessionen betreffend die Lieferung von Kernbrennstoff. Dabei sei ein gemeinsames Vorgehen wichtig; die Verhandlungsfrent dürfe nicht aufgeweicht werden (Schweden?). Im übrigen gehe es nicht an, dass Staaten, die den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen unterzeichnet haben, gleich behandelt werden, wie Länder, die den Vertrag nicht unterschrieben haben.

Im weiteren stellt BI die Frage nach den letzten Entwicklungen in den MBFR-Verhandlungen in Wien. Die Schweiz ist an der Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts vital interessiert.

B stimmt zur Proliferationsfrage mit uns weitgehend überein; die ungehinderte friedliche Nutzung der Kernenergie ist bei gleichzeitiger Verhinderung der Weiterverbreitung der Waffen zu gewährleisten. Die Tendenz, die Vertragspartner und die andern Länder in "einen Topf zu werfen", sei in der Tat bedauerlich; dadurch werde der Atomsperrvertrag entwertet. (Auf die Anregung einer gemeinsamen Verhandlungsfrent ging B nicht ein).

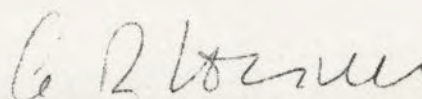
Zum Verhandlungsstand der MBFR sagt B, die "Zahlendiskussion" müsse zum Abschluss gebracht werden. Dies sei zur Definition des Paritätsprinzips unerlässlich, um danach bestimmen zu können, in

- 7 -

welchem Mass faktisch abgebaut werden soll. Lange Zeit habe sich die Sowjetunion gesträubt, den Begriff Parität zu akzeptieren. Nun liegen endlich Zahlen auf dem Tisch. Diese sind nun in Verhandlungen aufzuschlüsseln, damit die effektiven Disparitäten festgestellt werden können. B wollte sich nicht zu den Bündnisdiskussionen betreffend weitere Initiativen nach Abschluss der Zahlendiskussion äussern. Es gehe darum, eine konsolidierte Haltung für Wien auszuarbeiten. An den Prinzipien der Parität und der Kollektivität werde jedenfalls nichts geändert.

Es folgen gegenseitige Dankesworte über den nützlichen Meinungsaustausch.

POLITISCHE DIREKTION



(A. Hegner)